



Ressort: Politik

Bioenergieverbände gemeinsam aktiv

Rom, 22.11.2022 [ENA]

Unter dem Motto „Zukunft statt Abschöpfung“ findet am Dienstag, den 22. November eine Protestaktion von Bioenergie-Bauern vor dem Deutschen Bundestag in Berlin statt. Die Betreiber von Biogas- und Holzenergieanlagen sind alarmiert über Pläne der Bundesregierung für eine Erlösabschöpfung auf Erneuerbare Energien, vor allem bei Bioenergie. Daher haben der Deutsche Bauernverband, der Fachverband Biogas sowie

der Bundesverband Bioenergie mit dem Fachverband Holzenergie zu einer Demo-Aktion vor dem Deutschen Bundestag aufgerufen. Die Bundestagsabgeordneten sollen vor den negativen Folgen einer Erlösabschöpfung auf Bioenergie gewarnt werden. Im „Hauptstadtbüro Bioenergie“ bündeln vier Verbände ihre Kompetenzen und Ressourcen im Bereich Energiepolitik: der Bundesverband Bioenergie e.V. (BBE), der Deutsche Bauernverband e.V. (DBV), der Fachverband Biogas e.V. (FvB) und der Fachverband Holzenergie (FVH). Gemeinsam bilden sie die gesamte Bioenergiebranche ab von Land- und Forstwirten, Anlagen- und Maschinenbauern, Energieversorgern bis hin zu Betreibern und Planern. Das Hauptstadtbüro Bioenergie verleiht den vielen unterschiedlichen Akteuren und

verschiedenen Technologien der Bioenergiewirtschaft eine gemeinsame starke Stimme gegenüber der Politik. Insbesondere in den Sektoren Strom und Wärme setzt es sich technologieübergreifend für die energiepolitischen Belange seiner Trägerverbände ein. Im Kontakt mit politischen Entscheidungsträgern kann das Hauptstadtbüro Bioenergie auf ein breites Unterstützernetzwerk zurückgreifen und kooperiert insbesondere mit dem Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE).

Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes sieht im Vorhaben der Bundesregierung eine Gefahr für die Bioenergie: „Die Bioenergiebranche eignet sich nicht für eine Abschöpfung. Die bisher bekannt gewordenen Pläne würden die Bioenergieanlagen wegen stark gestiegener Kosten ins Defizit treiben. Eine starke Drosselung der Strom- und Wärmeerzeugung aus Bioenergie wäre die Folge. Dies würde die Versorgungslücke in der Energiekrise noch verschärfen. Die Bundesregierung muss ihre Pläne korrigieren. Biogas und Holz müssen - wie schon Biomethan - von der Abschöpfung grundsätzlich ausgenommen werden.“

Horst Seide, Präsident des Fachverbandes Biogas ergänzt: „Der so genannte ‚gestattete Erlös‘ wird vom Bundeswirtschaftsministerium für die Bioenergie bisher viel zu niedrig angesetzt. Die festen und variablen

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

Kosten von Biogas- und Holzenergieanlagen in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Es darf auch keinerlei Abschöpfung von Erlösen aus der flexiblen Fahrweise geben. Die diskutierte Befreiung von kleineren Anlagen bis 1 Megawatt installierte Leistung ist unzureichend. Auch auf jegliche rückwirkende Abschöpfung muss verzichtet werden.“

Bernd Heinrich, Stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes Bioenergie warnt vor den Folgen der Abschöpfungspläne: „Damit würde die heimische Bioenergie in der Energiekrise zu Gunsten von Kohle und Erdgas zurückgefahren. Das wäre energie- und klimapolitisch widersinnig. Wir fordern ganz klar eine Vorfahrt für Bioenergie vor Kohlestrom. “

Bericht online lesen:

https://www.european-news-agency.de/politik/bioenergieverbaende_gemeinsam_aktiv-85163/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV: Dr. Carlo Marino

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.